Bezugspreis: Halbmonatl. in Neuenbürg 75 Goldpfg. Durch die Post im Orts- u. Oberamtsverkehr, sowie im sonst. inl. Verk. 85 G.-Pf. m. Postbestellgeb. Preise freibleib., Nacherhebung vorbehalten. Preis einer Nummer 10 Goldpfg.

In Fällen höh. Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung od. auf Rückerstattung des Bezugspreises.

Bestellungen nehmen alle Poststellen, sowie Agenturen u. Austrägerinnen jederzeit entgegen.

Giro-Konto Nr. 24 O.A.-Sparkasse Neuenbürg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Druck und Verlag der C. Meeh'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Sonn). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Sonn in Neuenbürg.

Anzeigenpreis: Die einsp. Petitzeile oder deren Raum im Bezirk 20, auswärts 25 Goldpfg., Rekl.-Zeile 80 Goldpfg. m. Ins.-Steuer. Kollekt.-Anzeigen 100% Zuschlag. Offerte und Auskunfterteilung 20 Goldpfg. Bei größeren Aufträgen Rabatt, der im Falle des Mahnverfahrens hinfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifveränderungen treten sofort alle früheren Vereinbarungen außer Kraft. Fernsprecher Nr. 4. Für telefonische Aufträge wird keinerlei Gewähr übernommen

№ 252. | Mittwoch, den 28. Oktober 1925. | 83. Jahrgang.

Deutschland.

Essen, 27. Oktbr. Letzte Woche weilten nochmals Mitglieder der interalliierten Kontrollkommission in Essen, um die Zerschlagung der alten, längst unbrauchbaren Kanonenteile zu überwachen. (Lassen wir ihnen das Vergnügen. Schriftl.)

Neuorientierung der Reichsbahnbeamten.

Stuttgart, 27. Oktbr. Nachdem am 1. Oktober die Gewerkschaft technischer Eisenbahnbeamten einstimmig aus dem Deutschen Beamtenbund ausgeschieden ist und sich dem Gesamtverband deutscher Beamtengewerkschaften angeschlossen hat, trat gestern eine weitere Gewerkschaft aus dem Deutschen Beamtenbund aus. Es handelt sich um die seit 25 Jahren bestehende, etwa 8000 Beamte umfassende Gewerkschaft deutscher Ladeaufsichtsbeamten, die einstimmig den Anschluß an die Gewerkschaft deutscher Eisenbahner im Gesamtverband deutscher Beamtengewerkschaften beschlossen hat. Die Gewerkschaft deutscher Eisenbahner ist die stärkste Reichsbahnbeamten-Organisation. Der von der Gewerkschaft vertretene Grundsatz des Berufsbeamtentums hat damit aufs neue seine werbende Kraft bewiesen.

Die Berliner Presse zum Rücktritt der deutschnat. Minister.

Die deutschnationalen Zeitungen lassen durchblicken, daß ein zukünftiges Zusammenarbeiten der Deutschnationalen mit dem gegenwärtigen Reichskabinett nicht ausgeschlossen sei. Die „Kreuzzeitung" betont, daß die Haltung der Deutschnationalen zu dem Rumpfkabinett Luther nur von sachlichen Gründen diktiert werde und von der Verantwortung vor lebenswichtigen Entscheidungen für die Nation getragen sei. Die „Deutsche Tageszeitung" erklärt, daß das Resultat der Befragung des Reichstags über Locarno abhängig sein werde von dem Ergebnis der weiteren Verhandlungen mit dem Ausland. Der „Berliner Lokalanzeiger" hebt hervor, daß trotz der sachlichen Meinungsverschiedenheiten über den Beschluß der Deutschnationalen alle Gründe der inneren Politik und alle Gründe der Wirtschaft gebieterisch mahnten, es beim Zusammenarbeiten der bisherigen Regierungskoalition zu belassen. Die „Tägl. Rundschau" bezeichnet es als bemerkenswert, daß die „Germania" einen außerordentlich heftigen Ton gegen die Deutschnationalen anschlägt und sagt, es verstehe sich von selbst, daß im Zentrum alle diejenigen Oberwasser bekämen, die ihre Partei immer ungern in der Regierungsgemeinschaft mit den Deutschnationalen gesehen hätten. Die Deutschnationalen würden sich gewiß selbst über die Dinge wundern, die sie außen- und innenpolitisch angerichtet hätten. In der „Germania" schreibt der frühere Pressechef Spieker, wenn, wie es den Anschein habe, der klarste und sicherste Weg zur Wahrung unseres Ansehens in der Welt die Anrufung des deutschen Volkes sei, dann solle nicht viel Zeit verloren werden, damit vor aller Welt schnellstens der Beweis erbracht werde, daß das deutsche Volk in seiner großen Mehrheit den Frieden der Welt und die Verständigung der Völker wolle. In der „Vossischen Zeitung" erklärt Georg Bernhard, daß in Deutschland für die nächsten Jahre ruhig und dauernd nur mit der großen Koalition zu regieren sei. Im „Vorwärts" heißt es: Für die Billigung des Vertragswerks von Locarno ist im deutschen Volk zweifellos eine große Mehrheit vorhanden. Die Regierung, die sich auf diese Mehrheit stützen will, kann nicht gegen diese Mehrheit gemeinsame Sache mit den Deutschnationalen in den wichtigsten innerpolitischen Fragen machen.

Auseinandersetzungen im Lager der Rechten.

Berlin, 26. Oktbr. Graf Westarp hat an den völkischen Führer Major Henning folgenden offenen Brief gesandt: „Sehr geehrter Herr Major! Von glaubwürdiger Seite wird mir mitgeteilt, Sie hätten in Baden in Versammlungen, beispielsweise in Bretten, mitgeteilt, ich sei in Locarno gewesen und hätte dort Zusagen wegen Annahme der Locarnoer Verträge gemacht. Darf ich Sie um eine Mitteilung bitten, ob Sie diese Behauptung, die den Tatsachen zuwiderläuft, ich bin selbstverständlich weder in Locarno gewesen, noch habe ich irgendwo oder irgendwie eine derartige Zusage gemacht, ausgesprochen haben und wann das der Fall sein sollte, aus welcher Quelle diese Nachricht stammt. Ich werde mir erlauben, diesen Brief zu veröffentlichen und darf voraussetzen, daß Sie mir auch Ihre Antwort für die Oeffentlichkeit zur Verfügung stellen.

Verurteilung eines verstorbenen deutschen Generals zur Zwangsarbeit.

Das Kriegsgericht von Antwerpen verurteilte den seinerzeitigen Kommandanten von Antwerpen, General von Beseler, zu 15 Jahren Zwangsarbeit, weil er angeblich einen Weiler einäschern ließ. Diese Verurteilung des längst verstorbenen Generals ist wieder ein Beweis dafür, daß es den Belgiern und Franzosen nur auf ein fortgesetzte Verleumdung der deutschen Nation ankommt. Daß man dabei nicht davor zurückschreckt, einen Toten zu beschimpfen, ist bezeichnend für die Belgier. Kennzeichnend ist auch, daß diese Verurteilung zu einer Zeit erfolgte, wo man in Locarno zu einer Versöhnungspolitik zusammenkam.

Was bedeutet das Durchmarschrecht Frankreichs durch Deutschland für letzteres?

Frankreich beansprucht bekanntlich für den Fall eines russisch-polnischen Krieges das Durchmarschrecht durch Deutschland, um Polen, mit dem Frankreich einen Militärvertrag abgeschlossen hat, zu Hilfe zu kommen. Dieser Durchmarsch würde selbstverständlich in erster Linie mit der Bahn erfolgen. In Betracht würden in der Hauptsache die Bahnlinien durch Mitteldeutschland kommen. Die benutzten Bahnlinien müßten der französischen Eisenbahnabteilung vollständig unterstellt werden, unser Verkehr und Handel würde an diesen Linien vollständig lahm gelegt werden. Nach den ersten Durchmärschen würde die Beförderung des Nachschubes, von Kriegsmaterial aller Art und der Verpflegung auf Deutschlands Bahnen höchst störend nachwirken. Unser gesamtes Eisenbahnmaterial an den bedrohten Linien müßte den Franzosen zur Verfügung gestellt werden und es würde die Besetzung zur Sicherung der Bahnlinien durch französische Truppen erfolgen. Sicher würde Deutschland auch noch die Verpflegung der durchfahrenden französischen Truppen zu tragen haben. Schöne Aussichten.

Ausland.

Sturm im französischen Ministerrat.

Paris, 26. Oktbr. Painlevé, der fest entschlossen schien, Caillaux im heutigen Ministerrat durch Abstimmung in die Minderheit zu bringen und dadurch zum Rücktritt vor Beginn der Kammersitzungen zu zwingen, sah sich zur Aufgabe dieses Feldzugsplanes gezwungen. Es scheint, daß Briand seinen ganzen Einfluß aufbot, um die Krise zu vermeiden, damit er heute nachmittag noch als Außenminister die Tagung des Völkerbundsrats leiten konnte. Briand setzte sich dafür ein, den Gegensatz, der sich zwischen Painlevé und Caillaux in den finanzpolitischen Maßnahmen erhoben hat, zu beseitigen. Er spielte heute die Vermittlerrolle. Am Schluß des Ministerrats erklärten sich Painlevé und die Mehrheit der Kabinettsmitglieder bereit, Caillaux noch einmal 24 Stunden Zeit zu geben, um endgültige Vorschläge dem morgigen Ministerrat zu unterbreiten. Sollte Caillaux mit Rücksicht auf Briands ausdrücklichen Wunsch die Annäherung auf Painlevés finanzpolitische Forderungen vollziehen, so wäre in letzter Stunde die Vertagung einer Gesamtdemission des Kabinetts möglich. Der Sturm im heutigen Ministerrat brach hauptsächlich deshalb aus, weil Painlevé von Briand verlangte, er solle noch vor Beginn der Kammereröffnung zurücktreten. Caillaux geriet darüber in großen Zorn und wählte seine Worte nicht. Es sind geradezu sensationelle Lesarten der von Caillaux ausgestoßenen Drohungen im Umlauf. Die Journalisten halten es auf Grund der ihnen gegenüber gemachten Indiskretionen für sehr wahrscheinlich, daß Caillaux dem Ministerpräsidenten die Worte zurief: „Wenn Sie mich zur Demission zwingen wollen, dann hüten Sie sich vor mir, denn ich werde Ihnen im Senat die Namen einiger Großbankdirektoren ins Gesicht schleudern. Was dann geschieht, wird Ihnen wohl bekannt sein." Nach diesem Zornesausbruch Caillaux' warf sich Briand zwischen die Streitenden, aber der Finanzminister ließ nicht locker. „Hinter einem Vorhang will man mich erwürgen," rief er aus, „um dann in der Kammer zu erklären, ich sei damit einverstanden. Nein, das lasse ich mir nicht gefallen! Das Kabinett wird erst dann umgebildet werden, wenn ich es will und nicht, wenn es Herrn Painlevé zweckmäßig erscheint." Der Ministerpräsident überließ es Briand, die Situation zu retten. Es glückte zwar dem Außenminister, aber Caillaux bestand darauf, daß gerichtliche Verfolgungen gegen einige Bankdirektoren wegen Baissemanövern und Kapitalverschleppungen angeordnet werden. Der Justizminister de Monzie nahm das von Caillaux zur Verfügung gestellte Aktenmaterial entgegen. Die Untersuchung gegen die Bankleiter nimmt morgen ihren Anfang. Man spricht von Persönlichkeiten, die der Banque de Paris nahestehen. Die Baissemanöver fanden in den letzten Tagen an der Amsterdamer Börse statt. Starke Kapitalverschleppungen nach Holland sollen der Bank zur Last gelegt werden. Der heutige Ministerrat lieferte den Beweis, daß Caillaux trotz allen gegenüber Briand gemachten Versprechungen den Kampf gegen die Kartellgruppen der Deputiertenkammer fortzusetzen entschlossen ist. Er scheut, wie es scheint, nicht einmal vor einem Enthüllungsfeldzug zurück, um gewisse finanzielle Beziehungen seiner Gegner aufzudecken. Um einen solchen Skandal zu verhüten, wird jetzt krampfhaft nach einer Verständigung gesucht. Wenn sie nicht zustande kommen sollte, so stehen schwere Kammerstürme bevor.

Französische Maßnahmen gegen die Frankenspekulation.

Paris, 27. Oktbr. Auf Anordnung des Finanzministers nahmen gestern Finanzkontrolleure und Finanzinspektoren bei mehreren Banken Prüfungen der Wechselgeschäfte vor. Der Justizminister hatte eine Besprechung mit dem Generalstaatsanwalt über die angeordnete gerichtliche Untersuchung, durch die festgestellt werden soll, ob Spekulationen gegen den Franken stattgefunden haben.

Entscheidung des Völkerbundsrates im griechisch-bulgarischen Konflikt.

Paris, 27. Oktbr. Zu Beginn der gestrigen Sitzung des Völkerbundsrates zur Schlichtung des griechisch-bulgarischen Grenzzwischenfalls ließ Außenminister Briand als Vorsitzender die Aufforderung der bulgarischen Regierung an den Völkerbundsrat getroffenen Maßnahmen zur Einberufung der außerordentlichen Tagung bekanntgeben. Er ging dann auf die Darstellungen ein, die über den Zwischenfall vorlagen, und kam zu folgendem Schluß: Zwei verschiedene Fragen müssen aufgeworfen werden: 1. Die Nachprüfung der Ereignisse und die Verantwortung und wenn nötig die Feststellung der geschuldeten Wiedergutmachungen. Diese Fragen müßten in Ruhe und mit der notwendigen Sorgfalt behandelt werden; 2. müsse dafür gesorgt werden, daß die Feindseligkeiten eingestellt würden und daß die griechischen und die bulgarischen Truppen unverzüglich auf ihr Gebiet zurückgezogen werden. Diese Frage sei dringlich. Briand schlug dem Völkerbundsrat vor, die Vertreter der griechischen und der bulgarischen Regierung über folgende Punkte zu vernehmen: Wie ist die Empfehlung des derzeitigen Vorsitzenden des Völkerbundsrates betr. die Einstellung der Feindseligkeiten und die Zurücknahme der Truppen befolgt worden und wie stellt sich in dieser Beziehung die Lage jetzt dar? Diesem Vorschlag schloß sich der spanische Vertreter im Völkerbundsrat, Botschafter Quinones de Leon, an. Auch Chamberlain drückte in energischen Worten die Hoffnung aus, daß die Vertreter Bulgariens und Griechenlands schon jetzt sagen könnten, was ihre Regierungen getan hätten, um dem vom Vorsitzenden des Völkerbundsrats gegebenen Vorschlag nachzukommen. Als erster antwortete der Vertreter Bulgariens. Als er ankündigte, einen Bericht erstatten zu wollen, unterbrach ihn Briand und wandte ein, auf seine präzise Frage zu antworten. Hierauf erklärte der Vertreter Bulgariens, daß in keinem Augenblick irgend ein Punkt griechischen Gebietes durch bulgarische Truppen besetzt worden sei. „Wir haben niemals die Grenzen überschritten!" rief er aus. Der griechische Vertreter erklärte in Beantwortung der Frage, daß Griechenland seine Truppen aus Bulgarien zurückziehen werde, sobald die Bulgaren das griechische Gebiet geräumt hätten. Angesichts dieser beiden widersprechsvollen Erklärungen schlug Briand eine kurze Privatsitzung des Völkerbundsrates vor. Nach halbstündiger Beratung ergriff Chamberlain, der zum Berichterstatter ernannt worden war, das Wort und erklärte: Ich habe einen Vorschlag zu machen, aber ich will zuerst ein Wort sagen, das mir durch den Ernst des Umstandes in den Sinn kommt. Daß ein Grenzzwischenfall zwischen Mitgliedsstaaten des Völkerbundes, die auch die Verpflichtungen des Art. 10 der Satzungen übernommen haben, trotz des Bestehens des Organismus von Genf sich verschlimmern könnte, ist eine unhaltbare Lage. Ich sehe darin sogar eine Beschimpfung der Zivilisation. Das hätte nicht geschehen dürfen angesichts des Umstandes, daß der Völkerbund bereit ist, einem jeden zu Hilfe zu kommen, um eine friedliche Regelung zu versuchen, die der Ehre und den vitalen Interessen der Parteien Rechnung tragen würde. Nach dieser Erklärung erstattete Chamberlain seinen Bericht, worin als Entscheidung des Völkerbundsrates vorgeschlagen wird: Der Völkerbundsrat ist nicht zu der Gewißheit gelangt, daß die militärischen Operationen eingestellt wurden und daß die Truppen sich hinter die Grenzen zurückgezogen haben. Deshalb fordert er die Vertreter der bulgarischen und der griechischen Regierung auf, binnen 24 Stunden wissen zu lassen, daß die bulgarische und die griechische Regierung Befehl gegeben haben, daß ihre Truppen sich bedingungslos zurückzuziehen haben und daß binnen 60 Stunden sämtliche Truppen sich hinter ihre Grenzen zurückgezogen und sämtliche Feindseligkeiten eingestellt haben und die Truppen davon in Kenntnis gesetzt sein werden, daß die Wiederaufnahme des Feuers zu strengen Sanktionsmaßnahmen führen wird. Die Vertreter der beiden Regierungen sind aufgefordert worden, die notwendigen Maßnahmen zu treffen, sowie unverzüglich Weisung zu erteilen, die die Ausführung dieser Maßnahmen in den vorgeschriebenen Fristen gewährleistet. Zur Unterstützung des Völkerbundsrats und der beiden interessierten Staaten bittet der Völkerbundsrat die Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und Italiens, Offizieren, die sich in der Nähe befinden, den Befehl zu erteilen, sich unverzüglich dorthin zu begeben, wo der Konflikt stattgefunden hat und dem Völkerbundsrat direkt Bericht zu erstatten, sobald die Truppen der beiden Staaten sich hinter ihre Grenzen zurückgezogen haben und die Feindseligkeiten eingestellt sind, auf jeden Fall aber über die Frage in dem Augenblick zu berichten, an dem die gestellten Fristen abgelaufen sind. Beide Regierungen werden aufgefordert, diesen Offizieren alle zur Durchführung ihrer Aufgabe notwendigen Erleichterungen zu gewähren. Außenminister Briand fragte hierauf die Vertreter Bulgariens und Griechenlands, ob sie gegen diesen Vorschlag Einwendungen zu erheben hätten. Der bulgarisch Vertreter erklärte, Bulgarien werde sich bedingungslos nach der Entscheidung des Völkerbundsrats richten. Der griechische Vertreter erwiderte, er fühle sich verpflichtet, seiner Regierung Bericht zu erstatten, die, wie er hinzufügte, sich sicher nach dieser Entscheidung richten werde.

Beunruhigende Lage in Syrien.

London, 27. Oktbr. Hier sind über die Lage in Damaskus sehr ernste Nachrichten eingetroffen, die jedoch noch der Bestätigung bedürfen. Der Sekretär des arabischen Kongresses in Palästina sandte folgende Funkmeldung aus Jerusalem, vom 25. Oktober datiert: „Die Franzosen haben Damaskus fünfzig Stunden lang beschossen. Der Grund für das Bombardement war, daß Hassan Kharrats und die in Damaskus eingefallene Kolonne das Polizeiamt angegriffen und eingeäschert hatten. Anstatt dem Feinde im Kampfe entgegenzutreten, begannen die Franzosen von der Zitadelle aus zu feuern. Der größte Teil der Stadt wurde zerstört. Tausende von Einwohnern sind obdachlos. Viele unschuldige Personen kamen um. Die Franzosen bewaffneten Eingeborene, welche furchtbare Verheerungen anrichteten. Das britische Konsulat wurde freiwillig von arabischen Einwohnern bewacht. Der Konsul bat vergeblich, sein ruhiges Viertel zu schonen; es wurde später ebenfalls zerstört. Die Franzosen unterdrücken jede zuverlässige Nachricht. Flüchtlinge behaupten, daß 3000 Frauen und Kinder umkamen. Notbilfe wird erwartet. Gezeichnet Jamkal Husseini."

Griechisch-bulgarisches Abkommen.

Athen, 27. Oktbr. Durch Vermittlung des rumänischen Gesandten ist heute zwischen der griechischen Regierung und dem bulgarischen Gesandten ein Abkommen für Beilegung des Zwischenfalls an der Thrazischen Grenze schriftlich abgeschlossen worden. Nach diesem Abkommen werden die beiderseits besetzten Gebiete ehestens geräumt, wobei sich zuerst die bulgarischen Truppen und dann die griechischen zurückziehen werden. Das Abkommen ist sowohl an den griechischen Gesandten in Paris, als auch an die bulgarische Regierung telegraphisch übermittelt worden.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.

Neuenbürg, 26. Oktbr. (Gebührenfreiheit für Grundbucheintragungen in Aufwertungssachen.) Die Durchführung des Aufwertungsgesetzes bringt zahlreiche Eintragungen im Grundbuch bei den von der Aufwertung getroffenen Rechten und Grundstücken mit sich. Wenn auch hieraus für die Grundbuch-

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

ämter eine erhebliche Belastung mit zum Teil umfangreichen und schwierigen Geschäften erwächst, so würden doch die Beteiligten und insbesondere die Grundstückseigentümer als unbillige Härte empfinden, wenn sie für Eintragungen, die ohne ihr Zutun notwendig geworden sind, Gebühren zu übernehmen hätten. Mit Rücksicht darauf hat das Justizministerium im Einvernehmen mit dem Finanzministerium ähnlich der Regelung in anderen Ländern durch eine demnächst im Regierungsblatt erscheinende Verordnung für die Eintragung der Aufwertung im Grundbuch und für einige weitere mit der Aufwertung zusammenhängende Verrichtungen der Grundbuchämter, sowie der Vormundschafts- und Nachlaßgerichte Gebührenfreiheit bewilligt. Soweit seit 15. Juli 1925 für solche Geschäfte Gebühren erhoben worden sind, können die Beträge zurückgefordert werden.

(Wetterbericht.) Die Depression im Nordwesten hat bis jetzt keinen Einfluß auf die Wetterlage in Süddeutschland genommen, wo schwacher Hochdruck vorherrscht. Immerhin dürften sich Ausläufer der Depression späterhin geltend machen. Für Donnerstag und Freitag ist deshalb nur zeitweilig heiteres, aber vorwiegend trockenes Wetter zu erwarten.

Birkenfeld, 27. Oktbr. Einem hiesigen, ehrsamen Bürgersmann, der selbst einen guten Tropfen liebt, ist der ganze Inhalt eines Fasses mit 170 Liter Heidelbeerwein aus dem Keller gestohlen worden. Den Umständen nach zu schließen, ist der Wein aus dem Keller herausgeschlaucht worden und müssen die Diebe mit den in Betracht kommenden Räumlichkeiten wohl bekannt gewesen sein.

Herrenalb, 26. Oktbr. (Zum Reichsschulgesetz.) Der Bezirks-Lehrer-Verein Heilbronn hat zum Reichsschulgesetz folgende Entschließung gefaßt, der sich der Bezirks-Lehrer-Verein Herrenalb bei seiner letzten Versammlung anschloß. „Der Bezirks-Lehrer-Verein legt aufs allerentschiedenste Verwahrung ein gegen den Referentenentwurf eines Reichsschulgesetzes und ruft alle deutschen Staatsbürger zum entschlossenen Kampf auf gegen den beabsichtigten Verfassungsbruch, gegen die Beseitigung der staatlichen Schulhoheit, gegen die Auslieferung des Schulwesens an die verschiedenen Weltanschauungs- und Religions-Gemeinschaften gegen die Einführung einer Kirchenherrschaft über die Schule, gegen die Vernichtung der Gewissensfreiheit, gegen die Beseitigung des gleichen Rechts der Gemeindebürger im Bildungswesen, gegen die Verschwendung von allgemeinen Steuermitteln zur Einrichtung leistungsunfähiger Sonderschulen. Er erklärt es für einen Widersinn, den Geist einer Schule durch Gesetzesparagraphen vorschreiben und garantieren zu wollen, und bezeichnet es als staatsgefährliches Unternehmen, in einem niedergetretenen und innerlich zerrissenen Volk die inneren Gegensätze zu verschärfen und durch Schulmaßnahmen zu vertiefen, statt durch Pflege der Volksgemeinschaft in einer allgemeinen Volksschule und durch stärkere Betonung der nationalen Bildungsgüter den Willen zur staatlichen Einheit zu wecken und zu stärken.“ Auch andere Organisationen und Verbände — nicht nur linksstehende — haben sich gegen diesen Entwurf, der seine geistige Heimat wohl in Rom haben wird, gewandt, z. B. der allgemeine deutsche Lehrerverein, die Leipziger Schulkonferenz der Unterrichts-Verwaltungen aller deutschen Länder (mit Ausnahme Bayerns und Mecklenburg-Schwerins), der Landesausschuß der deutschnationalen Volkspartei Sachsens, der Vorstand der sozialdemokratischen Partei Deutschlands, die Landesversammlung der deutschdemokratischen Jugend, der in Flensburg tagende Vorstand des Deutschen Städtetages, der Gemeinderat Heilbronn, der evangelische Ortsschulrat Heilbronn, die Hamburger Bürgerschaft, die Deutsche Volkspartei in Württemberg u. a. Möge dieser Reichsschulgesetzentwurf gar nicht erst vor den Reichstag kommen, damit dem deutschen Volke innere Kämpfe erspart bleiben und es seine geistige Freiheit behalten möchte. Durch Freiheit zur Einheit! Der Zerreißung der Volksschule müßte notwendig auch eine Zersplitterung der höheren Schulen und Universitäten folgen — in konsequenter Verfolgung der Ziele Roms. Und — um zum nächstliegenden zu kommen: Der Mehrzahl der evangelischen Geistlichen dürfte es wohl nur lieb sein, nicht wieder die Last einer Schulaufsicht in irgend einer Form aufgebürdet zu bekommen. Das Volk möge zu seinen Lehrern Vertrauen haben, daß diese im Geist brüderlicher Menschenliebe und wahrer Vaterlandsliebe und in der Ehrfurcht vor „höheren Dingen“ ihre Schüler zu tüchtigen deutschen Menschen erziehen und bilden wollen. Das können sie nur in der Freiheit der Selbstverantwortlichkeit an einer einheitlichen Schule des Volksstaates. Nur ein Reichsschulgesetz, das solches Wirken gewährleistet, wird dem Volke Segen bringen und alle befriedigen. H. B.

Wildbad, 27. Oktbr. Wilhelm Münch, noch in den mittleren Jahren stehend, war kaum von der Feuerwehrübung heimgekehrt, als ein Herzschlag seinem Leben ein plötzliches Ende bereitete.

Württemberg

Freudenstadt, 27. Oktbr. (Betrügereien.) Die hiesige städtische Kriminalwache hat gestern durch rasches und umsichtiges Eingreifen eine große Anzahl hiesiger Geschäftsleute vor großen Verlusten bewahrt. In einer Villa hat sich ein Ehepaar niedergelassen mit dem wohlklingenden Titel „Direktor“. Es kaufte sich zunächst ein Auto um 10 000 Mark, das es mit Wechsel zahlte. Dann kaufte es eine Schreibmaschine, ferner Kleider und sonstige Sachen, ohne auch nur das geringste Geld zu haben. Es wurde nur mit Wechseln bezahlt. Die städtische Kriminalwache hat rasch zugegriffen. Aus der Korrespondenz ersieht man, daß der Direktor schon in anderen Städten ähnliche Manöver gemacht hat und daß er von einer ganzen Herde von Gläubigern gesucht wird. Glücklicherweise ist noch kein größerer Schaden entstanden, da die meisten Gegenstände noch unversehrt zurückgegeben werden konnten. — Nach Hinterlassung von einigen hundert Mark Schulden, in die sich verschiedene Geschäftsleute, Logiswirte usw. zu teilen haben, ging eine geschiedene Vorarbeiterin flüchtig, die hier seit voriges Jahr in Arbeit stand; in letzter Zeit machte sie sich dadurch auffällig, daß sie sehr fleißig dem Alkohol zusprach und auch sonst ein ausschweifendes Leben führte. Sie wurde in Köln verhaftet.

Stuttgart, 27. Okt. (Preissenkung bei Flaschnern und Installateuren.) Der Verband der Flaschnermeister und Installateure Württembergs hielt am Sonntag, den 25. Oktober, einen Obermeistertag im Restaurant Friedrichsbau hier ab. Es waren Vertreter aus allen Teilen des Landes erschienen, um zur Frage der Preissenkungsaktion der Regierung und verschiedenen anderen Handwerksfragen Stellung zu nehmen. Nach eingehender Erwägung aller in Betracht kommenden Faktoren kam der Obermeistertag zu dem Entschluß, seine gegenwärtigen Richtpreise um 5—10 Prozent zu reduzieren, ohne jedoch seine bisherige vom Staatl. Preis- und Schiedsamt und von der Städt. Preisprüfungsstelle Stuttgart sanktionierte Geschäftsunkosten-Aufstellung und Kalkulationsmethode aufzugeben. Gleichzeitig wurden die gegen das organisierte Handwerk erhobenen Vorwürfe mit aller Energie zurückgewiesen und in einer Entschließung zum Ausdruck gebracht, die die Preissenkungsaktion der Reichsregierung für aussichtslos erklärt, solange die Syndikate und Konzerne wie auch Reglebetriebe des Reiches zur gleichen Zeit ihre Preise erhöhen dürfen und solange stets mit neuen Lohnerhöhungen zu rechnen ist.

Stuttgart, 27. Okt. (Ein Beitrag zur Preissenkung.) Wie uns die Vereinigten Innungen von Groß-Stuttgart, Fachgruppe Metallgewerbe, mitteilen, hat der Deutsche Metallarbeiterverband in Stuttgart für die Flaschner, Installateure, Bauschlosser und Schmiede auf den 1. November eine Lohnerhöhung verlangt und zwar eine Erhöhung des Mindestlohns auf 1.40 Mk., auf Zubilligung des Spitzenlohns für Facharbeiter im Alter von 22 Jahren statt bisher 25 Jahren und auf Erhöhung sämtlicher Zulagensätze. Wenn durch solche Forderungen eine Preisverteuerung eintritt, so wäre es unbillig, das Handwerk dafür verantwortlich zu machen.

Stuttgart, 27. Okt. (Einreihung von Friedrichshafen und Rottweil in die Klasse der mittleren Städte.) Bei den allgemeinen Zählungen der ortsanwesenden Bevölkerung am 8. Oktober 1919 und am 16. Juni 1925 sind in den Stadtgemeinden Friedrichshafen und Rottweil je mehr als 10 000 Einwohner ermittelt worden. Gem. Artikel 7 der G.-O. treten die Stadtgemeinden Friedrichshafen und Rottweil mit gegenwärtiger Bekanntmachung in die Klasse der mittleren Städte ein.

Bachnang, 27. Oktober. (Petri Heil.) Einen guten Fang hat Albert Steinat im Kocher getan: einen Hecht von 1,10 Meter Länge bei 16 Pfund Gewicht.

Rottweil, 25. Okt. (Verurteilte Brandstifter.) Das Schwurgericht verurteilte den Fabrikarbeiter Lorenz Gall und den Stadttaglöhner Josef Schwendemann, beide in Rottweil, je wegen eines Verbrechens der gemeinschaftlichen Brandstiftung mit Versicherungsbetrug zu der Zuchthausstrafe von vier Jahren und sechs Monaten, bezw. der Zuchthausstrafe von drei Jahren und neun Monaten. Die Angeklagten hatten gemeinschaftlich das dem Gall gehörige, von beiden Angeklagten und sonst noch einigen Familien bewohnte Doppelhaus im August in Brand gesetzt, um die Feuerversicherungssumme zu erhalten.

Trossingen, 27. Okt. (Falsche Gerüchte.) Die Kontrollkommission der Handwerkerbank Trossingen erklärt, daß die neuerdings in der Oeffentlichkeit verbreiteten Gerüchte über die Bank vollständig unbegründet sind. Für sämtliche ausgegebenen Gelder sind ausreichende Sicherheiten vorhanden.

Ulm, 27. Oktbr. (Bürgerversammlung.) Gestern abend fand im Saalbau auf Einladung der Stadtverwaltung eine Bürgerversammlung statt, um zur Frage der Bebauung des Münsterplatzes und des Münsterhauses Stellung zu nehmen. Gemeinderat Mühlhäuser führte den Vorsitz. Oberbürgermeister Dr. Schwammberger trat entschieden für die Bebauung des Münsterplatzes ein und behandelte das Thema von ästhetischer als auch von wirtschaftlicher Seite. Die Münsterhausfrage bezeichnete er als ein Glied in der Entwicklung der Stadt. Man müsse alle Kräfte aufbieten zur wirtschaftlichen Emporentwicklung Ulms, und dazu gehöre auch die Ausbauung des Münsterplatzes. Professor Schmitthenner hielt einen Lichtbildervortrag über sein Projekt für die Ueberbauung des Münsterplatzes. Der jetzige Zustand des Platzes sei unerträglich. Man müsse das Münster binden und in Zusammenhang mit seiner Umgebung bringen und einen geschlossenen Platz schaffen, bei dem dem Münster wieder die wichtige Funktion der raumschließenden Wand zukommt. Dies sei durch zwei Bauten von verhältnismäßig bescheidener Größe links und rechts der Westfront des Münsters erreichbar. An den Vortrag schloß sich eine Aussprache, die zum Teil scharfe Kritik an den Projekten, aber auch an der ganzen Ausgabenpolitik der Stadt brachte. Begrüßt wurde der Entschluß des Oberbürgermeisters, die Bevölkerung über das Projekt abstimmen zu lassen. Eine Klärung wurde durch die Versammlung nicht erreicht.

Ulm, 27. Okt. (Freispruch.) Vor dem Schwurgericht hatte sich die jetzt verheiratete Malersehefrau Marie Schöllhorn von Ulm wegen versuchten Totschlags zu verantworten. Die Angeklagte war im Jahre 1918 mit ihrem unehelichen Kind in der Verzweiflung in die Donau gesprungen. Einer Freundin, die dabei war, gelang es aber doch, die Angeklagte an den Haaren zu fassen und am Ufer festzuhalten und das Kind, das wieder gegen das Ufer geschwemmt wurde, zu fassen, bis Hilfe kam. Durch eine Anzeige aus Rache, die die damalige Freundin erstattete, nahm die Staatsanwaltschaft jetzt nach sieben Jahren den Fall wieder auf. Die Angeklagte hatte sich inzwischen verheiratet. Der Verteidiger plaidierte auf Freisprechung, da ohne Zweifel § 51 des R.St.G.B. vorliege, wonach der Angeklagten bei Begehung der Tat die freie Willensbestimmung fehle. Die Angeklagte wurde freigesprochen, da das Schwurgericht das Vorliegen des § 51 als möglich erachtete.

Baden

Pforzheim, 27. Oktbr. Am gestrigen Tage verschied der Bijouteriefabrikant Karl Abel im 70. Lebensjahre. Der Verstorbene entstammte einer der ältesten Pforzheimer Familien, er war ein Sohn des Müllers Viktor Abel zur Nonnenmühle. Zuerst im Bankfach tätig, gründete er im Jahre 1885 zusammen mit Fabrikant Zimmermann eine Bijouteriefabrik, die anfänglich Doubleketten herstellte, ihren Hochstand mit 250 Arbeitern in den Anfangszeiten der Doubleindustrie erreichte, wo sie eine der ersten Fabriken hier war. Später verarbeitete die Fabrik Goldwaren und gehört jetzt noch zu den bekanntesten Firmen des Platzes. Fabrikant Abel war in den 80er und 90er Jahren Mitglied des Pforzheimer Bürgerausschusses. Bei der Allgemeinen Gold- und Silberscheideanstalt war er Vorsitzender des Aufsichtsrates.

Pforzheim, 27. Oktbr. In den letzten Tagen wurden in 84 hiesigen Bäckereien durch Beamte der Gewerbe-(Wucher-) Polizei Kontrollen des Gewichts des Brotes vorgenommen, wobei sich ergab, daß ein großer Teil der Bäcker die durch Innungsbeschluß vom 30. September 1925 festgelegten Gewichte nicht einhält, so wurde festgestellt, daß das Gewicht des Doppelwecks statt 90—100 Gramm bei einigen Bäckern sogar nur 70 bis 80 Gramm betrug, und daß bei Schwarz- und Halbweißbroten Mindergewichte von 20—70 Gramm zu verzeichnen waren. Bis jetzt ergaben sich bei den 84 kontrollierten Geschäften 41 Beanstandungen.

Weinheim, 26. Oktbr. Der zehnjährige Sohn eines hiesigen Landwirts ist auf dem Felde in tragischer Weise ums Leben gekommen. Beim Kühehüten flog vor ihm ein Feldhuhn auf, durch das die Kühe erschrocken, losprangen und den Knaben umrissen. Er kam dabei unter eine Egge, die ihm den Leib völlig aufriß. Er wurde ins Krankenhaus gebracht, wo er bald darauf starb.

Handel und Verkehr

Calw, 26. Okt. (Wochenmarkt.) Bei dem am letzten Samstag abgehaltenen Wochenmarkt wurden folgende Preise bezahlt: Kartoffel 4—4.50, Landkraut 2.50 p. Zentner, Zwiebel 20 Pfg., Spinat 40, Wirsing 10, Weißkraut 10, Rotkraut 12—15, gelbe Rüben 15, Blumenkohl 0.40—1 Mk., Quitten 35, Endivien 10—15, Tomaten 35, Aepfel 30—35, Birnen 40—60, Zwetschgen 35, Trauben 35, Nüsse 40, Rosenkohl 20 und 35, Tafelbutter 2.40 Mark, Landbutter 2.— und 2.10 Mark, Eier 17—18 Pfennig.

Stuttgart, 27. Okt. Dem Dienstagmarkt am Vieh- und Schlachthof wurden zugeführt: 75 Ochsen (unverkauft 15), 44 (4) Bullen, 300 (100) Jungbullen, 315 (115) Jungrinder, 154 (26) Kühe, 821 (21) Kälber, 1170 (70) Schweine, 9 Schafe und 1 Ziege. Erlös aus je 1 Ztr. Lebendgewicht: Ochsen 1. 50—54 (letzter Markt 52—56), 2. 38—48 (40—48), Bullen 1. 51—54 (53—55), 2. 39—48 (44—51), Jungrinder 1. 54—57 (56—59), 2. 42—51 (44—53), 3. 35—40 (37 bis 42), Kühe 1. 31—41 (32—42), 2. 19—28 (19—29), 3. 12—17 (13—18), Kälber 1. 85—89 (92—94), 2. 74—83 (85—90), 3. 63—72 (76—82), Schafe 1. 74—77 (72—78), 2. 45—65 (unv.), Schweine 1. 92—93 (unv.), 2. 90—92 (90—91), 3. 85—88 (87—98), 4. 82—83 (unv.), Sauen 71—85 (70—82) Mk. Verlauf des Marktes: langsam, Ueberstand.

Vom Glück vergessen.

Roman von Fr. Lehne.

27. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Darf ich dir etwas sagen, Gwendoline? Aber schilt nicht über meinen Egoismus!“ lächelte Hanna, „ich freue mich des schlechten Wetters — so müssen wir doch hier bleiben, können nicht ausgehen — und ich hab' ihn für mich!“

Das Glück verklärte Hannas jüdisches, zartes Gesicht auf eine wunderbare Weise. So lieblich und hold sah sie aus, daß es Gwendoline förmlich ergriff. Man mußte dem lieben Geschöpf ja gut sein! Wäre nur die verwachsene Schulter nicht gewesen! Wenn ein anderer vielleicht darüber weggekommen wäre — Malte niemals! Die lieblosen Worte vergaß sie nie, die er erst kürzlich über die „kleine Bucklige“ als gute Partie geäußert. Und er änderte sich auch nicht; zu sehr war sie von seinem Unwert überzeugt — mochten auch Mutter und Braut blind gegen ihn sein! O, wenn sie hätte Hanna vorher die Augen öffnen können! Sie hatte es mehrmals versucht; doch Hanna hatte stets Entschuldigungen für Malte gehabt — und jetzt, da er so unerwartet Hannas Verlobter geworden war — jetzt ihn anklagen, war unmöglich geworden!

Eines Abends war er zur Mutter gekommen. Nachlässig, von oben herab, hatte er zwei Tausendmarkscheine auf den Tisch geworfen.

„Hier die Lappalie, um die ihr Euch so gehabt habt! Ja, wer das Glück hat, der führt die Braut heim! Gratuliert mir: Gestern ist Hanna Likowski meine Braut geworden, ha, ha, ha,“ und er lachte böse auf. „Ja, es ist wahr! Schaut mich nicht so blöde an —“

„Malte, du hast dich verkauft — um uns —“

„Nein, Mutter, sage das nicht!“ rief Gwendoline empört, „er hat nur seinen Vorteil im Auge gehabt! Hätte er zeitig genug an uns gedacht, wäre das nicht nötig gewesen! Sich möglichst rasch und gut zu betten, war sein einziger Gedanke! Und Hanna Likowski ist sein Opfer.“

„Ah, ich bringe der „kleinen Buckligen“ wohl kein Opfer mit meiner Person? Hier sieh mich an“ — er reckte sich, stand schlank und biegsam da in seiner jungen Schönheit, und ein triumphierendes eitles Lächeln umflog seinen hübschen, beinahe frauenhaften Mund.

„Du bist ein ganz gewissenloser Patron, Malte,“ sagte Gwendoline verächtlich, „aber wehe dir, wenn du Hanna betrügst!“

„Das laß meine Sorge sein!“ lachte er roh, „sie kann ganz zufrieden sein, daß sie mich hat, — und für uns fangen goldene Tage an.“

Frau Kommerzienrat Likowski und Blanka waren außer sich gewesen, als Hanna ihnen gesagt, sie sei Malte von Reinhardts Braut geworden. Sie tobten förmlich, ergingen sich in Schmähungen — doch Hanna war fest geblieben, ihre Liebe verteidigend und behauptend. Sie war ja mündig! Ein letzter Rest Anstand ließ die Damen dann schweigen und nicht das Letzte sagen— in der sicheren Hoffnung, daß eines schönen Tages Hanna noch rechtzeitig die Augen über ihren Erwählten geöffnet wurden.

Doch Blanka konnte es sich nicht versagen, in einem spöttischen Ton mit den beiden zu verkehren, der Hanna sehr wehe tat, aber von Malte überlegen pariert wurde.

„Darf man eintreten?“

Blanka lugte zur Tür hinein, im seidenen Gummimantel und den Lackhut auf dem welligen Haar.

„Ich gehe ein Stück spazieren! Mama liegt auf der Chaiselongue, hat einen leichten Migräneanfall und die Köchin hat auch eine schlechte Laune, weil sie durch die Vorbereitungen für heute abend und morgen, wenn der hohe Besuch da ist, mehr zu tun hat,“ sie trat ganz ein; schnuppernd hob sie das Näschen; „ah, wie das duftet! Die schönen Rosen. Der übliche Morgengruß von Malte — ein aufmerksamer Bräutigam — a la bonne heure — — Nachmittag kommt er wohl, der Herrlichste von allen. Na, da werd ich mich drücken, um Euch, glückliches Brautpaar, nicht zu stören! 's ist zum Auswachsen hier in dem langweiligen Nest! Wären wir wenigstens in Tegernsee! Kommst du mit mir, Line? Ich will zur Abwechselung mal nach der Post gehen und fragen, ob etwas da ist.“

Gwendoline hatte Sehnsucht nach frischer Luft, die Rosen des Bruders und das stark geheizte Zimmer verursachten ihr beinahe Kopfweh. Sie schloß sich Blanka an. Die beiden jungen Mädchen gingen die kleine Anhöhe hinunter nach dem Dorfe.

„Na, Line, freust dich wohl, daß uns Malte heute beglückt?“ fragte Blanka.

„Frage doch nicht so! Du weißt doch recht gut, wie ich mit ihm stehe!“ entgegnete Gwendoline gepreßt.

„Ach ja, Malte hat selbst einmal gesagt, wie Hund und Katze! Dennoch wirst auch du froh sein, daß er das Goldfischlein gefangen hat,“ meinte Blanka listig.

Gwendoline blieb entrüstet stehen.

„Um mir das zu sagen, brauchtest du mich wirklich nicht zum Mitgehen aufzufordern! Zwar, ich bin ja Gast in Eurem Hause, oder vielmehr nur gnädig mitgenommen! Darum muß ich mir manches gefallen lassen —“

Blanka wurde doch ein wenig rot.

„Mußt nicht immer gleich so kratzbürstig sein, Line, so hab' ich's doch nicht gemeint! Freuen könnt Ihr Euch aber doch.“

„Blanka mein Wort darauf, ich würde wer weiß was geben, wäre diese Verlobung nicht zustande gekommen,“ sagte Gwendoline erregt.

Etwas ungläubig lächelte Blanka: „Bei dem großen Vorteil!“

„Ja, trotz des großen Vorteils, den die verarmten Reinhardts durch eine Verbindung mit den reichen Likowskis haben! — Ich schäme mich, Blanka! Könnt ich dich von der Wahrheit meiner Worte überzeugen! Hanna ist zu gut für Malte —“

„Aber sehr verliebt in ihn — und dein Bruder ist sehr klug.“ —

Gwendoline nickte traurig vor sich hin.

„Was soll ich dazu sagen, Blanka! Jedes Wort würde eine Anklage, ein Vorwurf gegen Malte sein! Wenn du wüßtest, wie viele Tränen ich schon um ihn geweint“.

(Fortsetzung folgt.)

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Stuttgart, 27. Oktbr. Mostobstmarkt auf dem Wilhelmsplatz: Zufuhr 1000 Zentner, Preis 9.50—10.50 Mark. Kartoffelgroßmarkt auf dem Leonhardsplatz: Zufuhr 1100 Zentner, Preis 3.50—3.80 M. — Filderkrautmarkt auf dem Leonhardsplatz: Zufuhr 200 Zentner, Preis 2—2.50 Mark für 1 Zentner.

Reutlingen, 26. Okt. (Holzmarkt.) Der Holzmarkt war mäßig beschickt. Buchene Scheiter wurden zu 23—30 Mark, tannene mit 19.50—21 Mark, hundert Reisigwellen mit 45—60 Mark, ein Bund Bündelholz mit 30—35 Pfg. gehandelt.

Munderkingen, 25. Okt. (Jahrmarkt.) Zufuhr zum Jahrmarkt: 30 Pferde, 82 Ochsen, 74 Farren, 55 Kühe, 98 Kalbeln, 82 Rinder, 24 Mutterschweine, 2 Läufer, 479 Milchschweine. Erlöst wurden für Pferde 450—700, Ochsen 225—550, Farren 210—520, Kühe 250 bis 500, Kalbeln 400—750, Rinder 180—350, Mutterschweine 200—280, Läufer 90—110, Milchschweine 35—42 Mk. das Stück. — Der Handel war lebhaft.

Der Weinherbst. Das Geschäft in den Keltern ist immer noch recht lebhaft. An Preisen werden aus den Weinorten neuerdings gemeldet: Sulzgries 330—350 Mk., Korb-Steinreinach 370—400 M., Oberstenfeld 250 Mk., Grunbach 300 Mk., Nordheim 280 Mk., Brackenheim 270—305 Mk., Abstadt 200—240 Mk., Metzingen 250 Mk., Reutlingen 250 Mk., Binswangen 240—270 Mk.

Pforzheim, 26. Okt. (Schlachtviehmarkt.) Auftrieb: 27 Ochsen, unverkauft 7, 10 Kühe (1), 33 Rinder (7), 13 Farren (2), 4 Kälber, 5 Schafe, 333 Schweine (16). Marktverlauf: Großvieh langsam; Schweine mäßig belebt. Preise für ein Pfund Lebendgewicht: Ochsen 1. 34—36, Rinder 1. 55—58, Ochsen und Rinder 2. 49—52, Kühe 30 bis 46, Farren 52—54, Kälber (ohne Notiz), Schweine 92—95.

Die Preise gelten für nüchtern gewogene Tiere und schließen sämtliche Spesen des Handels ab Stall für Fracht, Markt- und Verkaufskosten, Umsatzsteuer, sowie den natürlichen Gewichtsverlust ein, müssen sich also wesentlich über den Stallpreis erheben.

Neueste Nachrichten

Stuttgart, 27. Oktbr. Die Nr. 250 der „Süddeutschen Arbeiterzeitung" vom 27. Oktober ist durch Beschluß des Amtsgerichts Stuttgart I wegen eines Artikels „Die Lehren des Hamburger Aufstandes", indem das Amtsgericht ein Verbrechen der Vorbereitung des Hochverrats erblickt, beschlagnahmt worden.

Nürnberg, 27. Okt. Gestern abend fuhr bei Feucht das Auto des Dr. Krug aus Feucht eine Böschung hinab und überschlug sich. Dr. Krug war sofort tot. Ein mitfahrender Ingenieur Schmidt wurde schwer verletzt. Frau Dr. Krug blieb unverletzt.

Merchweiler (Reg.-Bez. Trier), 27. Okt. Sonntag abend wurde im Hause des Gastwirtes Rubinet ein Einbrecher von der Tochter überrascht. Er schoß zunächst auf das Mädchen, ohne jedoch zu treffen, und versuchte zu entfliehen. Als der Wirt dem Einbrecher entgegentrat, wurde er von diesem durch einen Schuß in den Hinterkopf getötet. Mit einem zweiten Schuß verwundete er sich selbst. Er wurde darauf von den im Lokal anwesenden Gästen festgenommen. In seinem Besitz fand man Bargeld, Gold- und Silbersachen. Zwei Helfershelfer des Einbrechers konnten entfliehen.

Magdeburg, 27. Okt. Ein eigenartiger Unglücksfall ereignete sich heute mittag in einer hiesigen Seidenfabrik. Das Pferd eines vorüberfahrenden Fuhrwerkes ging durch und raste in die Garage der Seidenfabrik hinein. Dabei wurde ein Mann überfahren und nicht verletzt. In der Garage zerschlug das Pferd einige Ballons mit Schwefelsäure. Ein Chemiker wurde so schwer verletzt, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird. Der Kutscher erlitt einen Nervenschock und zog sich eine Vergiftung durch Schwefeldämpfe zu. Er hat die Sprache verloren.

Leipzig, 27. Okt. Auf dem früheren Artillerieschießplatz Ammendorf fanden Kinder eine Granate, die explodierte. Ein fünfjähriger Knabe wurde auf der Stelle getötet und ein anderer lebensgefährlich verletzt.

Berlin, 27. Okt. Auf Grund einer Verständigung zwischen der deutschen Regierung und der Botschafterkonferenz sind für die gestern gemeldete Freilassung vier deutscher Staatsangehöriger aus der Haft der Alliierten im Rheinland von deutscher Seite vier französische Gefangene freigelassen worden, die von deutschen Gerichten wegen politischen Straftaten verurteilt worden waren.

Berlin, 27. Okt. Nachdem in Polen in der Optantenpolitik ein Umschwung eingetreten ist, ließ, wie wir hören die preußische Regierung entsprechend dem Beschluß des polnischen Ministerrats an die örtlichen Behörden Anweisung ergehen, daß die in der jüngsten Zeit als Repressalie verfügten Ausweisungsbefehle gegen polnische Optanten unverzüglich rückgängig gemacht werden.

Berlin, 27. Okt. Zu Ehren des hier weilenden früheren britischen Premierministers Macdonald gab heute der Reichsminister des Auswärtigen, Dr. Stresemann, ein Frühstück, an dem u. a. der englische Botschafter, Reichskanzler a. D. Marx, die Minister a. D. Koch, Scholz und Müller-Franken, sowie die Abgeordneten Wels und Drewitz, ferner führende Vertreter der Wirtschaft und eine Anzahl höherer Beamten des Auswärtigen Amts teilnahmen.

Berlin, 27. Okt. Die kommunistische Fraktion des Reichstags reichte beim Reichstagspräsidenten einen Antrag ein, den Reichstag sofort einzuberufen. Der amtierende Vizepräsident Dr. Rießer entschloß sich, dem Antrag noch keine Folge zu geben. Eine Einberufung des Aeltestenrats zur Erledigung des Antrags ist, wie verlautet, vorläufig nicht beabsichtigt. — Im sozialdemokratischen Zentralorgan wird unter scharfen Angriffen gegen den Reichskanzler die Auflösung des Reichstags gefordert.

Hamburg, 27. Okt. Zu den Mitteilungen über sittliche Verfehlungen erklärt die Staatsanwaltschaft Hamburg, daß Universitätsprofessor Helmuth Ritter, Direktor des orientalischen Seminars, sowie die Kaufleute H. Geck und H. Lührs aufgrund eines richterlichen Haftbefehls wegen des dringenden Verdachts des Verbrechens gegen § 176 Ziff. 3 des Strafgesetzbuches, begangen durch wiederholte Vornahme unzüchtiger Handlungen an Knaben unter 14 Jahren, festgenommen wurden. Ueber die Einzelheiten und den Umfang der den Verhafteten zur Last gelegten Verbrechen kann im Interesse der Untersuchungsführung und der restlosen Aufklärung der Angelegenheit noch nichts gesagt werden.

Bern, 28. Oktober. Der neugewählte schweizerische Nationalrat setzt sich folgende Zusammensetzung auf: Soz. 49 (bisher 43), Komm. 3 (2), Sozialpolitische Gruppe 3 (3), Freisinnige und Dem. 60 (58), Kath. Konserv. 42 (44), Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei 30 (34), Liberale dem. Partei 8 (10), Parteilose 3 (4).

Rom, 28. Okt. In Palermo hat vorgestern ein Wolkenbruch von drei Stunden Dauer die Stadt teilweise unter Wasser gesetzt und die Lichtleitungen unterbrochen. Eine allgemeine Panik wurde hervorgerufen. Mehrere Fabriken und Lager und auch ein großer Bücherverlag wurden vollständig überschwemmt. Vielfach erreichte das Wasser eine Höhe von zwei Metern. Der Schaden beträgt viele Millionen Lire.

Paris, 27. Okt. Gestern beschloß die Botschafterkonferenz auf die deutsche Entwaffnungsnote hin ein Gutachten des Militärkomitees anzufordern.

Paris, 28. Okt. In der gestrigen Sitzung des Völkerbundsrats erklärte der griechische Vertreter, seine Regierung habe die Zurücknahme der Truppen beschlossen. Aus Sofia wird aber weiteres Artilleriefeuer der Griechen gemeldet.

Paris, 27. Okt. Dienstag vormittag ist ein dreistöckiges Haus eingestürzt. Sämtliche Einwohner blieben unter den Trümmern begraben. Feuerwehr und Truppenkommandos sind mit den Rettungsarbeiten beschäftigt. Bisher sind mehrere Tote und Schwerverletzte unter den Trümmern hervorgezogen worden.

Newyork, 27. Okt. Dr. Wirth, der sich einige Tage in Chicago aufgehalten hatte, ist in Newyork wieder eingetroffen. Er reist am Donnerstag nach Deutschland zurück. Zum Abschied wurde ihm von Thomas ein Essen in einem Chicagoer Klub gegeben, bei dem mehrere Prominente, darunter auch der deutsche Generalkonsul und der Reparationskommissar Owen Young zugegen waren.

Memphis, 27. Okt. Der Schnellzug St. Louis—St. Franzisko entgleiste in der Nähe von Viktoria (Mississippi) und stürzte den Eisenbahndamm hinunter. 16 Personen wurden getötet und über 30 verwundet.

Der Dolchstoß-Prozeß.

München, 27. Oktbr. Nach kurzer Pause in den heutigen Verhandlungen erschien der nächste Zeuge, Rechtsanwalt Dr. Otto Landsberg. Er leitete seine Ausführungen mit der Erklärung ein, daß er in der Dolchstoßlegende den gleichen Vorwurf sehe, den man auch den französischen Offizieren nach dem Kriege von 1870/71 gemacht habe, daß diese für Geld ihr Vaterland verkauft hätten. Ueber das Verhalten der Mehrheitssozialdemokratie in den Kriegsjahren äußerte er sich wie folgt: Wir sahen vom ersten Tage an die Lage Deutschlands als äußerst gefährlich an. Für die erdrückende Mehrheit der Fraktion gab es keinen Unterschied in der Auffassung: Wir sind im Krieg und müssen vor aller Welt die vollkommene Einheit des deutschen Volkes und seine Entschlossenheit zur Abwehr bekunden. Das ist die Bedeutung des 4. August 1914. Auch die Minderheit dachte nicht daran, das Vaterland wehrlos zu machen. Auch die späteren Unabhängigen haben die Pflicht zur Landesverteidigung bejaht. Was uns trennte war eine verschiedene Beurteilung der Lage Deutschlands. Auch von der russischen Revolution an haben wir unsere Haltung nicht geändert. Als unter der Reichskanzlerschaft des Prinzen Max von Baden die Sozialdemokratie aufgefordert wurde, in die Regierung einzutreten, erklärte Ebert, es wäre eines deutschen Sozialdemokraten unwürdig, das Vaterland in höchster Gefahr im Stiche zu lassen, worauf die Fraktion den Eintritt in die Regierung beschloß. Rechtsanwalt Graf Pestalozza gab hierauf folgende Erklärung ab: „Die Süddeutschen Monatshefte haben in den beiden Dolchstoßnummern in keiner Weise die M.S.P. als solche in ihrer vaterländischen Haltung angegriffen. Die von der Redaktion zu verantwortenden Artikel lassen klar erkennen, daß das Ergebnis im Sinne der Redaktion zu betrachten ist, daß die U.S.P. eine vaterländisch feindliche Haltung eingenommen hat. Dieser Vorwurf ist nicht erhoben gegen die M.S.P." Rechtsanwalt Dr. Hirschberger erklärt hierauf: „Wir sind an einem entscheidenden Punkt des Prozesses angelangt. Die Gegenpartei gibt nun zu, daß das, was gegen die sozialdemokratische Führung in diesem Heft geschrieben steht, nicht wahr ist, daß der Vorstoß des Dolchstoßes gegen die M.S.P. nicht erhoben werden sollte und auch nicht erhoben werden kann." Auf weitere Fragen erklärte Dr. Landsberg hierauf, die M.S.P. wollte keine Annexionen, sie wollte einen Frieden der Verständigung. Was die Vorbereitungen zur Revolution anlangt, so bestünden keine Anhaltspunkte, daß die Führer der U.S.P. derartige Dinge betrieben hätten. Zur Abdankung des Kaisers führte Dr. Landsberg aus: „England und Amerika hatten es abgelehnt, mit dem Kaiser Frieden zu schließen. Die Behauptung sei nicht aufrecht zu erhalten, daß Scheidemann bei seinem Ultimatum wegen des Rücktritts des Kaisers mit der Drohung, auf die Straße zu gehen, operierte. Im Gegenteil, die deutschen Sozialdemokraten gaben sich die größte Mühe, um zu verhindern, daß man auf die Straße gehe." Nächster Zeuge war der bayerische Landtagsabgeordnete Erhard Auer. Er habe beim Lesen der Dolchstoß-Nummer der „Südd. Monatshefte" das Gefühl gehabt, daß noch selten der sozialdemokratischen Partei im politischen Kampfe so bitter Unrecht zugefügt worden sei. Als am 29. September die Mitteilung kam, daß die Oberste Heeresleitung ein sofortiges Waffenstillstandsangebot verlange, sei auf seine Veranlassung hin ein Vertreter der bayerischen Regierung nach Berlin gefahren, um vor diesem Schritt zu warnen. In gleichem Sinne seien die württembergische und die badische Regierung vorstellig geworden. Deshalb habe sich dann auch Reichskanzler Prinz Max von Baden gegen die Beschreitung dieses Weges auf das äußerste gewehrt. Die Sozialdemokratie habe den Zusammenbruch nicht verhindern können, denn die Welle der Zerstörung war unaufhaltsam. Die Aufgabe der Sozialdemokratie konnte nur sein, zu verhindern, daß Deutschland bolschewisiert wurde. Der Zusammenbruch war also ein natürlicher Vorgang. Das Volk konnte nicht mehr. Nur die Sozialdemokratie verfügte noch über eine Organisation und ihr ist es gelungen, das Chaos zu verhindern. Die Verhandlung geht am Mittwoch weiter.

Stellungnahme der Deutschen Volkspartei zum Vertrag von Locarno und zur Regierungskrise.

Berlin, 27. Oktbr. Der Parteivorstand und die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei berieten über die Ergebnisse von Locarno und die durch den Austritt der Deutschnationalen aus der Reichsregierung geschaffene Lage. Sie gelangten einstimmig zur folgenden Auffassung: Das Vertragswerk von Locarno, das durch die berechtigte und notwendige deutsche Initiative zustandegekommen ist, entspricht in allen wesentlichen Punkten dem Grundgedanken der deutschen Antwortnote vom 20. 7. und somit auch den Richtlinien der Deutschen Volkspartei vom 2. 7. Deutsche Lebensnotwendigkeiten werden darin nicht preisgegeben. Art. 1 des Westpaktes verpflichtet zum Verzicht auf einen Angriffskrieg, läßt aber das Selbstbestimmungsrecht der Völker und alle anderen Möglichkeiten friedlicher Entwicklung offen. Art. 6 enthält keine Anerkennung des Versailler Vertrags, stellt vielmehr nur in Uebereinstimmung mit der deutschen Antwortnote vom 20. 7. fest, daß der Abschluß des Sicherheitsvertrags keine formelle Aenderung der bestehenden Verträge bedeutet. Deutschland verzichtet nicht auf die im Versailler Vertrag selbst gesetzten, sowie durch die fortschreitende friedliche Entwicklung herbeizuführenden Abänderungsmöglichkeiten. Auch die Voraussetzungen für den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund werden nach den in Locarno getroffenen Vereinbarungen gewahrt bleiben. Insbesondere ist durch die Note der Vertragsgegner zu Art. 16 der Völkerbundssatzung klargestellt, daß, wie in den Erläuterungen zum Genfer Protokoll vom Völkerbund festgelegt ist, Deutschland selbst „Richter ist der Art und Weise, in welcher es seine Obliegenheiten erfüllt". Endlich sind auch im Osten durch die Beseitigung der französischen Garantie für die Schiedsverträge und Zurückweisung der polnischen und tschechischen Forderungen nach Erweiterung der östlichen Verträge zu Sicherheitspakten die deutschen Interessen gewahrt. Die Abwickelung der französisch-polnisch-tschechischen Militärbündnisse bedroht Deutschland nicht. Die Ostverträge bedeuten nur eine Anpassung an das Verfahren der Völkerbundssatzungen. Wenn der Vertrag von Locarno, wie alle Beteiligten zum Ausdruck brachten, ein Werk des dauernden Friedens sein soll, so muß dieser Friedenszustand sich aber auch im besetzten deutschen Gebiet auswirken. Das ganze Werk darf somit erst dann in Kraft treten, wenn nicht nur die alsbaldige Räumung der ersten Rheinlandzone, unabhängig von der Bereinigung der Entwaffnungsfrage, sichergestellt ist, sondern auch die beteiligten Mächte, den mündlichen Zusicherungen ihrer Delegationsführer entsprechend, im übrigen besetzten Gebiet alsbald einen Zustand herbeiführen, der eine grundlegende Aenderung des Besatzungsregimes und den Anfang der endgültigen Räumung darstellt. Ohne solche entscheidende Maßnahmen der Vertragsgegner kann der deutsche Reichstag den Vertrag von Locarno nicht annehmen. Es ist Pflicht der politischen Organe des Reiches und des Volkes, mit allen Kräften auf solche Ergänzungen und sofortige Auswirkungen der Vereinbarungen von Locarno hinzuarbeiten. Diese außenpolitische Aufgabe steht im Vordergrund. Ihre Erfüllung wird durch das Verhaltung der Deutschnationalen Volkspartei gefährdet. Statt mit uns und den anderen Parteien an der Durchführung der von ihr bisher selbst verfolgten Politik mitzuarbeiten, schaltete sie sich kurz vor der Erreichung dieses Zieles von der weiteren Mitwirkung selbst aus. Für die außen- und innenpolitischen Folgen trägt sie die volle Verantwortung.

Die Mandatsverteilung der Berliner Wahl.

Nach einer aufgrund des vorläufigen Ergebnisses der Wahl der Stadtverordneten vorgenommenen unverbindlichen Berechnung werden die Stadtverordnetensitze vermutlich auf die einzelnen Wahlvorschläge in folgender Weise verteilt werden: Sozialdemokratische Partei 75 (bisher 80), Deutschnationale Volkspartei 47 (40), Deutsche Volkspartei 14 (36), Komm. Partei 43 (20), Demokratische Partei 21 (16), Wirtschaftspartei 10 (12), Zentrumspartei 8 (8), Unabhängige Soz. 1 (5), Deutschvölk. Freiheitspartei 3 (2), Deutschsoz. Partei 3 (1), Ev. Gemeinschaftsbund 2 (0), zusammen 225 Mandate. Die neugewählte Stadtverordnetenversammlung tritt am 19. November zu ihrer ersten Sitzung zusammen, in der die Wahl des Stadtverordnetenvorstehers, sowie die Zusammensetzung der Deputationen erfolgen werden.

Angliederung von Eupen-Malmedy.

Berlin, 27. Oktbr. Die gesetzliche Eingliederung der von Deutschland an Belgien abgetretenen Bezirke Eupen, Malmedy und St. Vith in das Königreich Belgien ist jetzt durch ein im Brüsseler Moniteur veröffentlichtes Dekret vollzogen worden. Am 1. Januar 1926 findet also die belgische Verfassung und Rechtsprechung auf diese ehemalig deutschen Bezirke mit Ausnahme des bürgerlichen und Handelsrechtes Anwendung. Sonderbestimmungen sind über die Sprachenfrage die Militärpensionen, die Dienstpflicht, über das Niederlassungsrecht der Ärzte, über Sozialversicherung, das Jagdgesetz und einige andere Nebenpunkte getroffen worden.

Das Kabinett Painlevé zurückgetreten.

Paris, 27. Oktbr. Das Kabinett Painlevé hat im Laufe des heutigen Vormittags beschlossen, seinen Rücktritt einzureichen. Um jedoch die Verhandlungen über den bulgarisch-griechischen Zwischenfall, die in der heutigen Sitzung des Völkerbundsrats fortgesetzt werden, nicht zu beeinflussen, ist beschlossen worden, erst nachmittags dem Präsidenten der Republik Kenntnis von dem Beschluß zu geben. Es wird allgemein angenommen, daß der Präsident der Republik, nachdem er sich mit dem Kammerpräsidenten und dem Senatspräsidenten über die geschaffene Lage unterhalten hat, Painlevé wiederum mit der Kabinettsbildung betrauen wird, jedoch sind Ueberraschungen nicht ausgeschlossen. Painlevé hat eine Erklärung abgegeben, in der er den Rücktritt des Kabinetts mit der Uneinigkeit im Kabinett über Caillaux' Finanzvorschläge begründete. Zu den dringenden Aufgaben der Regierung gehöre vor allem eine stabile Parlamentsmehrheit, die für die Regierung in der Finanzpolitik jetzt nicht vorhanden wäre, sodaß das Kabinett einmütig dem Rücktritt zugestimmt habe. — Der Präsident der Republik nahm den Rücktritt des Kabinetts Painlevé an und verhandelte nachmittags bereits mit dem Senats- und dem Kammerpräsidenten über die durch die Ministerkrise geschaffene Lage.

Beschießung von Damaskus.

London, 28. Oktbr. Reuter meldet aus Cairo: Obwohl die Nachrichten über die letzten Ereignisse in Damaskus auseinandergehen, ist es doch ersichtlich, daß die Stadt zwischen dem 18. und 20. d. M. eine furchtbare Heimsuchung erlitten hat. Am Tage vorher war ein Bandenführer in eines der Stadtviertel eingedrungen mit dem Rufe, daß die Drusen da wären. Er forderte die Einwohner zum Aufstand auf. Daraufhin wurde ein Polizeiposten angegriffen und ein französischer Offizier erschossen. Die Einwohner schlossen sich daraufhin den Eingedrungenen an. In dem Gefecht, das sich entspann, fielen 100 Franzosen in tapferem Kampf. Die französischen Behörden warfen Tanks und Panzerautos in das Gefecht, von denen den Aufständischen schwere Verluste zugefügt wurden. Diese setzten trotzdem, hinter Barrikaden gedeckt, ihr Feuer fort und steckten verschiedene Stadtviertel in Brand. Die französische Beschießung der Stadt dauerte von Sonntag nacht bis Dienstag. Viele öffentliche Gebäude wurden zerstört. Die Zahl der auf den Straßen liegenden Leichname wird auf mehrere Hundert geschätzt, während ungefähr 2000 unter den Trümmern verschüttet liegen müssen. Es wird behauptet, daß die Aufständischen in der Umgebung von Damaskus geblieben seien und daß mit weiteren Kämpfen zu rechnen sei.

Borah gegen Frankreichs Rüstungspolitik.

Newyork, 27. Oktbr. Auf eine Anregung der Textilfabrikanten des Staates Illinois, Frankreich in der Schuldenfrage Zugeständnisse zu machen, erklärte Senator Borah, daß es zwecklos sei, Frankreich Zahlungserleichterungen zu gewähren, denn es könne nicht zahlen, weil es sein ganzes Geld für die Vergrößerung seines Heeres ausgebe. Selbst Rockefeller könnte seine Wäscherechnung nicht bezahlen, wenn er sein ganzes Geld für Jagden und Weine ausgebe. Frankreich unterhalte noch heute ein Heer von 700 000 Mann und baue mehr Flugzeuge als Amerika, England und Japan zusammen. Es habe große Summen an kleine Nationen, für Rüstungszwecke ausgeliehen. Frankreich habe nach der Konferenz von Locarno den Plan Coolidges zur Einberufung einer Abrüstungskonferenz bekämpft. Kein Volk Europas sei so reich wie Frankreich. Es sei nur deshalb zahlungsunfähig, weil es sein Geld für Rüstungszwecke ausgegeben habe.

Vermischtes.

Verurteilter Schwindler. In Gammertingen (Hohenzollern) wurde der Sammler von Unterschriften zum Zwecke der Herbeiführung einer Volksabstimmung zugunsten der Flagge Schwarz-Weiß-Rot zu drei Monaten Gefängnis verurteilt, da es sich herausgestellt hat, daß es sich um einen Schwindler handelt. Der Schwindler gab sich als Mitglied des „Stahlhelm" aus und hatte eine ansehnliche Zahl Unterschriften von Personen, die ihn auch finanziell unterstützt haben.

Raubüberfall in Steglitz. Ein dreister Raubüberfall wurde am Samstag mittag im Gemeindebüro der Matthäusgemeinde in Berlin-Steglitz verübt. Der Täter knebelte und fesselte die im Büro anwesende Dame und erbeutete etwa 1000 Mark, mit denen er unerkannt entkam. Dem Berliner „Lokalanzeiger" werden zu diesem ungewöhnlich frechen Ueberfall folgende Einzelheiten mitgeteilt: Das Gebäude der Steglitzer Matthäusgemeinde liegt unweit der Kirche in der Rothenburgstraße. Es wird bewohnt von den beiden Pfarrern und dem Kirchendiener. Die Küsterei befindet sich im Untergeschoß. Die Geschäfte werden von einer Rechnungsführerin, der 32jährigen Elisabeth Werner, wahrgenommen. Am Samstag mittag erschien in

Neue Bestellungen

auf den täglich erscheinenden „Enztäler" werden fortwährend von allen Postanstalten, Agenturen und unseren Austrägern entgegengenommen.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

dem Gemeindebüro ein etwa 30 Jahre alter Mann. Er erzählte, daß er aus der Landeskirche ausgetreten sei, den Austritt aber wieder rückgängig machen wolle. Er ließ sich die Adresse des Pfarrers sagen, an den er sich wenden wollte, und verschwand dann, um angeblich den Geistlichen aufzusuchen. Nach einiger Zeit erschien er wieder im Büro und erklärte der Beamtin, daß er sich die Sache anders überlegt habe. Er hätte einen Brief geschrieben; diesen überreichte er mit der Bitte, die Adresse des Pfarrers daraufzuschreiben. Als die Rechnungsführerin dieser Bitte entsprechen wollte, richtete der Mann plötzlich einen Revolver auf sie. Er zerschnitt dann die Telephonleitung, verschloß die Tür, band die Verängstigte mit Stricken und nahm dazu noch den Gürtel ihres Mantels. Nachdem er der Ueberfallenen noch einen Knebel in den Mund gesteckt hatte, nahm er aus dem offenen Geldschrank das darin vorhandene Bargeld — etwa 1000 Mark — und ergriff dann die Flucht, ohne daß man sonst im Hause etwas von dem Vorfall bemerkt hatte. Der Ueberfallenen gelang es nach einiger Zeit, sich des Knebels zu entledigen. Auf ihre Hilferufe eilten Hausbewohner herbei und befreiten sie von ihren Fesseln.

Das Große Schweigen. Den Höhepunkt erfährt die große Waffenstillstands-Gedenkfeier in England zweifellos in der Mittagsstunde des 11. November, wenn der König und alle hohen Staatsleute bis herab zu den ärmlichsten Leuten aus dem Volke sich in Withehall versammeln und ihre große Trauerfeier für die Gefallenen abhalten, nicht nur alles was sich auf der Straße bewegt, sondern auch in jedem Betrieb, jedem Privathause und auf jedem Flecken wird das durch Kanonenschüsse bekanntgegebene Zeichen zum Großen Schweigen einhalten. Besonders hebt sich dies von dem sonst so geräuschvollen Platz bei Westminster sehr eindrucksvoll ab.

Sonderbarer Zwischenfall bei einer Operation. Ein Londoner Arzt nahm kürzlich an einem sechzehnjährigen Knaben eine Operation in der Mundhöhle vor. Um die Zähne des Patienten trocken zu halten, wurde während der Operation mit einer Spritze warme Luft in den Mund eingeführt. Der Arzt verwandte dazu eine Mischung von Aether und Sauerstoff. Als die warme Luft zum dritten Male verabfolgt wurde, erfolgte in der Kehle des Patienten eine Explosion, die eine starke Blutung verursachte und im Laufe von zehn Minuten trotz aller Gegenmaßnahmen zum Tode des Knaben führte. Der Fall beschäftigte das Gericht. Der Arzt erklärte, daß er alle Vorsichtsmaßnahmen angewandt habe und daß ihm etwas ähnliches in seiner ganzen Praxis noch nicht vorgekommen sei. Wissenschaftliche Sachverständige sagten aus, es fehle an jeder Erklärung für den sonderbaren Fall. Das Gericht kam unter Annahme eines unerklärlichen Zufalles zur Freisprechung des Arztes.

Wie Trotzki geweckt wurde. In einem Zirkus in Petersburg treten zwei Clowns auf und der eine fragt, was der andere vor und nach der Revolution gemacht habe, um seinen Lebensunterhalt zu verdienen. Die Antwort lautet: „Vor der Revolution war ich Diener beim Zaren. Frühmorgens weckte ich ihn durch bescheidenes Klopfen an der Tür und sagte: „Majestät, es ist Zeit aufzustehen!" Blieb er noch liegen, so stimmte ich die Volkshymne. Das half immer. Nach der Revolution wurde ich Diener bei Trotzki und mußte ihn auch frühmorgens wecken. Zuerst wußte ich nicht, wie ich das machen sollte. Ihn mit „Majestät" anzusprechen, ging schwer und „Exzellenz" schien mir auch nicht zu passen. Da habe ich, nachdem ich geklopft hatte, die erste Strophe der Internationale gesungen: „Erwacht Verworfener der Erde..." — „Und, wie ist es abgelaufen?" fragte der erste Clown. — „Ich bin zur Tür hinausgeflogen!" — Die Besucher des Zirkus fanden die Sache etwas zu gewagt und hüteten sich, über den Spaß so herzlich zu lachen wie es viele gerne gewollt hätten.

Ich brauche Geld und bringe

Riesenposten **Ueberzieher, Schweden-Mäntel, Loden-Mäntel, Gummi-Mäntel, Herren- und Burschen-Anzüge, Hosen aller Art, Lodenjoppen und Berufskleider**

zu fabelhaft billigen Preisen. — Ueberzeugen Sie sich bei:

Puder, Pforzheim, Kronen-Str. 5.

Wer auf Eleganz und Haltbarkeit seines Schuhwerks

Wert legt, trägt nur

Mercedes,

die Marke des Kenners.

Habe sonst am Lager große Auswahl in:

Echt Chevreaux, Boxcalf, Box-Rind, Lackleder Schuhen und Stiefeln f. Damen u. Herrn, weiter Sportl.-, Rindl.-, Reit-, Rohr-, Zug- und Schnallen-Stiefel, Holzschuhe, Rohrstiefel mit Holzsohlen und dickem Filz f. Metzger, Preis 9 M, Filz-, Stoff-, Reise-, Kamelhaar-, Umschlag-, Schnallen- und Turnschuhe, Filzpantoffel.

Cremen in allen Farben, Lederfett, Lederöl, Nestel, Delphin-Riemen, Filzsohlen, Schuhlöffel.

Reparaturen werden gut und sauber ausgeführt.

Karl Schönthaler, Neuenbürg.

(Reutter's Nachfolger.)

4000

unaufgefordert hier eingegangene glänzende Anerkennungen über die aus meinen Spezialitäten hergestellten Hausgetränke sind der beste Beweis für die Güte meiner Produkte.

Machen Sie einen Versuch und auch Sie werden zufrieden sein.

Zur Herstellung empfehle ich
Ruf's Heidelbeeren m. Zutaten 100 Ltr. Mk. 6.50
Ruf's Mostansatz m. Heidelbeer 100 Ltr. Mk. 5.50
Rufit Ruf's Rosinen m. Heidelbeer 100 Ltr. Mk. 6.50
Rufina Ruf's getrockn. Aepfel 100 Ltr. Mk. 5.50
Apfelina Ruf's Mostansatz m. Aepfel 100 Ltr. Mk. 4.50
in Portionen zu 50 u. 100 Ltr.

ROBERT RUF
Heidelbeer-Versand
Ettlingen.

Zu haben in allen einschlägigen Geschäften, bestimmt bei **Albert Vester, Neuenbürg; Karl Blaich, Feldrennach; H. Kappler, Conweiler; Gg. Merklein, Pforzheim; A. Stöhr, Pforzheim, Au; Th. Geiges, Enzberg; Fr. Gaus, Enztal; G. Huber, Enzberg; Karl Bachteler,** Bäckerei, **Pfinzweiler.**

FRANKO

Pfannkuch

Frische

See-Fische

Pfund **40** Pfennig.

Pfannkuch

Makulatur,

große ganze Zeitungen, gibt in kleinen und großen Mengen ab **Verlag „Der Enztäler".**

Kreis-Sägen

auf Hartholzgestell mit Schiebetisch,
600 mm Blatt, durchgehender Lagerung, äußerst solide Konstruktion.

W. Wackenhuth, Calw.
Fernsprecher Nr. 142.

Neuenbürg.

Neuerbautes 4-Zimmer-Wohnhaus

mit Badzimmer, beschlagnahmefrei, sofort beziehbar, in sonniger Lage zu verkaufen. — Zu erfragen **Flößerstr. 282.**

Pfadfinder-Räder

Versand nur gegen Nachnahme.
Herrenräder Mk. 65.—, 68.—, 72.—, 85.—.
Damenräder Mk. 72.—, 76.—, 80.—, 96.—.
mit Freilaufzahnkranz Mk. 3.50 Aufschlag,
mit Freilauf und Rücktrittbremse M. 14.— Aufschl.
Sämtliche Räder sind mit Doppelglockenlager versehen und leisten wir für jedes Rad eine schriftliche 2jährige Garantie gegen Rahmen- und Gabelbruch.
Fahrrad-Mäntel Mark 2.95, 3.65, 3.95, 4.80,
Fahrrad-Schläuche Mk. —.95, 1.35, 1.65.
Verlangen Sie sofort **kostenlos** ausführlichen Katalog über Nähmaschinen, Musik- und Spielwaren **Eleka-Companie Cassel.**

Auf Kredit! HELIOS Auf Kredit!

Mantel-Woche

vom 23. bis 31. Oktober 1925

Herren-Mäntel Schwedenfacon	52.00	**Damen-Mäntel** kariert . . . . . . von	25.00 an
Herren-Mäntel mit breiter Rückengurt	72.00	**Damen-Mäntel** in Herrenfacon . von	41.00 an
Herren-Mäntel von 1. Flausch u. Rat. bis 150	85.00	**Damen-Mäntel** mit Pelzkragen . von	49.00 an
Herren-Paletots von . . . . bis 110	48.00	**Sealplüsch-Mäntel** . . . . von	120.00 an
Gehrock-Paletots von . . . . bis 170	95.00	**Damen-Mäntel** Velour de laine . von	39.00 an

Trotz der großen Geldknappheit haben Sie die Gelegenheit, Ihren Bedarf in Winter-Mänteln zu decken

auf bequeme Teilzahlung.

Pforzheim, Metzgerstr. 14

Schuhe

auf

Teilzahlung

bekommen Sie im

Schuhhaus Hertz, Pforzheim

Bekannt reiches Lager in nur guten Schuhwaren aller Art zu mässigen Preisen.

Hier wird Ihnen die Gelegenheit geboten, bei kleinerer Anzahlung und bequemer Teilzahlung sich gute Schuhwaren anzuschaffen.

Besichtigung ohne Kaufzwang!

Dillsteinerstr. 20

Die Bettwanze samt Brut,

Ratten, Mäuse, Käfer, Grillen, Milben, sowie Motten

aus **Leder-Klubmöbel, Teppichen etc.** beseitigt durch rationelle Verfahren unbedingt sicher, **Bettfedern** reinigt mustergültig die allgemein bekannte und eingeführte

Desinfektionsanstalt A. & K. Helfer,
Pforzheim, Güter-Straße 21, Fernsprecher 192
Radikaler Erfolg! Billige Preise!
Kostenvoranschlag auf Wunsch.

Stottern ist oft schon in 14 Tagen durch meine vorzügliche Methode beseitigt. Glänzende Dankbriefe von Aerzten, Lehrern usw. u. amtl. Gutachten. War früher selbst schw. Stotterer. Jeder kann sich selbst von dem Uebel befreien. Geben Sie kein Geld für wertlose Kuren aus, sondern verlangen Sie sofort **kostenlos** mein Büchlein.

L. Warnecke, Hannover, Schliessfach 163.

Schwann.

Obstbäume,

Kern- u. Steinobstbäume

in Hoch- und Halbstämmen, sowie Pyramiden und Busch empfiehlt in schöner Ware

Carl Gentner,
Handelsgärtnerei, Baumschulen und Samenhandlung.

Neues

Damen-Fahrrad

wenig gebraucht, billig zu verkaufen.

Fretz, Ottenhausen,
Hauptstraße 25.

Husten Sie?

so versäumen Sie keine Minute und kaufen Sie die von Millionen täglich gebrauchten

Kaiser's Brust-Caramellen mit den „3 Tannen"

Kaiser's Brust-Caramellen! Sie helfen Ihnen bei **Husten, Heiserkeit, Katarrh, Verschleimung, Krampf- und Keuchhusten,** daher hoch willkommen jedem.

7000 Zeugnisse von Aerzten und Privaten. Vor Erkältungen sind Sie geschützt, wenn Sie eine Kaiser-Caramelle im Munde haben.

Paket 40 Pf., Dose 90 Pf. — Achten Sie auf die Schutzmarke **3 Tannen.**

Zu haben in Apotheken, Drogerien und wo Plakate sichtbar.